

A n t r a g

der Fraktion FREIE WÄHLER

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/1800 –

Landeshaushaltsgesetz 2022

Materielle und personelle Stärkung – Polizeibeamte schätzen und schützen

Der Landtag stellt fest:

Die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten leisten täglich einen unentbehrlichen Dienst für alle Bürger. Zusehends sehen sie sich in ihrem Arbeitsalltag mit Gewalt, Anfeindungen und Häme konfrontiert. Die Verordnungen im Rahmen der Corona-Pandemie haben ihren Beruf zusätzlich verkompliziert, da das Unverständnis über bestimmte Maßnahmen – ohne Rechtfertigung – auf sie projiziert wird. Dabei schützen sie unsere Freiheit und bewahren, teilweise unter Einsatz ihres eigenen Lebens, die rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung. Sie sind Vor- und keine Feindbilder.

Nicht zuletzt der tragische Tod der Polizistin und des Polizisten bei Kusel haben verdeutlicht, wie riskant die Berufsausübung im Exekutivorgan des Landes ist. In einer Gesellschaft, in der die Gewalt bereits bei einer Verkehrskontrolle derartig eskalieren kann, ist es zwingend erforderlich, die Männer und Frauen, die sich dennoch dem Dienst an eben dieser Gesellschaft verschreiben, bestmöglich zu unterstützen.

Jenseits dessen sehen sich Polizeikräfte jedoch mit weiteren Problemen konfrontiert, die die Ausübung ihrer Pflicht erschweren. Viele Überstunden und Krankheitsausfälle sind zu nennen. Gleichzeitig darf die psychologische Belastung, der sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach emotional und physisch fordernden Einsätzen ausgesetzt sehen, nicht unterschätzt werden.

Der Polizeiberuf wird immer ein besonderer bleiben. Es ist nicht möglich, diese Arbeit gefahrlos auszuüben. Dennoch kann die Situation der rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten deutlich verbessert werden. Wer das demokratische System verteidigt, Bürgerinnen und Bürger schützt, dem darf es nicht an adäquater Ausrüstung mangeln. Helme, Schutzwesten, Bodycams, Waffen und vieles mehr müssen dem neuesten Stand der Technik entsprechen, in ausreichender Stückzahl vorhanden sein und rechtzeitig gewartet werden. Polizeieinsätze jeder Art dürfen nicht daran scheitern, dass Ausrüstung nicht vorhanden, veraltet oder eingeschränkt einsatzfähig ist. Außerdem ist es unumgänglich, die Anzahl der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten schrittweise zu erhöhen. Obwohl entsprechende Pläne seitens des Innenministeriums vorliegen, die Kopfzahl bei der Polizei auf 10 000 zu erhöhen, muss hier nachgebessert werden. Die personelle Entlastung der Polizeikräfte ist rascher zu vollziehen und durch höhere Einstellungen im Bereich

der Anwärter zu dokumentieren. Bei der Bezifferung der Anzahl von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten darf nicht der Minimalkonsens zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit maßgebend sein. Vielmehr geht es um ein klares Bekenntnis zum Primat der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz durch die Erhöhung auf eine Kopfzahl von 11 000. Zudem ist davon auszugehen, dass in Zukunft Polizisten nicht mehr eine volle Dienstzeit bei ihrem Dienstherrn verbringen, sondern beruflich mobiler werden und um- oder aussteuern oder auf andere Zeitmodelle umstellen. Auch deshalb benötigt Rheinland-Pfalz mehr Anwärterinnen und Anwärter, Polizistinnen und Polizisten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten alle notwendigen Mittel zur Dienstausübung in tadelloser Qualität zur Verfügung zu stellen,
2. Die Kopfzahl der Polizei schrittweise auf 11 000 zu erhöhen,
3. Unmittelbar neue Konzepte zu entwerfen, um die Nachwuchsgewinnung im Bereich der Anwärterinnen und Anwärter nachhaltig sicherzustellen.

Für die Fraktion:
Stephan Wefelscheid